

Harro Harring und seine Vertreibung aus Norwegen.*

Odd S. Lovoll

Der norwegische Historiker Halvdan Koht sagt einmal über Harro Paul Harring, „kein anderer Mann in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts habe in seinem Leben den Kampf um Freiheit so leidenschaftlich ausgetragen wie Harro Harring“.¹ Sein Aufenthalt in Norwegen war kurz; Ende 1849, als reifer Mann von 51 Jahren traf er in der norwegischen Hauptstadt Christiania, dem heutigen Oslo, ein. Am Morgen des 29. Mai 1850 wurde er von der norwegischen Polizei verhaftet und als Bedrohung für die Sicherheit des Staates aus dem Königreich ausgewiesen. Was hatte er getan, um eine derartige Reaktion der norwegischen Behörden zu bewirken? Wie konnte es geschehen, daß Harring mit seinen Idealen dermaßen an den Grundfesten des politischen Systems rütteln konnte?

Sein kurzer Aufenthalt in Norwegen markiert einen Höhepunkt seiner langen und schillernden Karriere als Vorkämpfer der Freiheit in Griechenland, Polen, Italien, Deutschland, Dänemark und sogar Amerika. Im Folgenden soll Harrings Eintritt in die unbeständige politische Situation Norwegens Mitte des letzten Jahrhunderts vor dem Hintergrund seiner Herkunft und seiner früheren Aktivitäten beleuchtet werden. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei seiner Beziehung zu den radikal-reformerischen Gruppierungen geschenkt werden. Ferner soll die Reaktion liberaler Kräfte auf seine Ausweisung untersucht werden, wobei wir uns hauptsächlich auf eine Artikelserie berufen, die in der Zeitung *Christianias*, dem Morgenbladet, kurz nach Harrings Abfahrt aus Norwegen veröffentlicht wurde.²

Wer war Harro Harring?

Zum besseren Verständnis seines Norwegen-Aufenthalts ist ein kurzer Rückblick auf seine kämpferische Natur und bisherige Ak-

tivitäten nötig. Harring war als Verfasser von politischen Manifesten ebenso bekannt wie als ausgebildeter Maler. Beide Fähigkeiten nutzte er als Mittel zur Durchsetzung seiner radikalen politischen Ansichten im Kampf für eine liberale Gesellschaft. Als politischer Schriftsteller hat er in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts einen bedeutenden Beitrag zur deutschen Literatur geleistet. Der Historiker Koht führt seine radikalen Überzeugungen auf seine friesische Herkunft zurück und auf den historischen Kampf der Friesen für Freiheit und Unabhängigkeit vom Holsteinischen Adel und der Dänischen Krone. Diese Umstände legten das Fundament für Harrings feste republikanischen und demokratischen Ideale, zwei Begriffe, die damals Synonyme darstellten.

Im Juli 1848 kehrte Harring nach 27-jähriger Abwesenheit in seine friesische Heimat zurück. Am 13. Juli traf er in der Stadt Tönning ein, wo er als größter und bekanntester Sohn Frieslands und als Vorkämpfer der nationalen Befreiung gefeiert wurde. Doch bereits nach wenigen Monaten verließ er die Herzogtümer, und begab sich nach Norwegen.

Harring war von New York, wo er die vergangenen vier Jahre gelebt hatte, nach Schleswig-Holstein gekommen. In literarischen Kreisen Amerikas war er kein Unbekannter, als er in New York ankam. Der schillernde und berühmte Freiheitskämpfer wie auch der Literat übten auf Intellektuelle Neuenglands wie Alexander H. Everett, der 1842 einen Artikel Harrings ins Englische übersetzt und 1844 eine Biographie über ihn geschrieben hatte, eine starke Anziehungskraft aus. Harring war auch in Amerika literarisch tätig, er veröffentlichte seinen Roman *Dolores*, der in dem Freiheitskampf Südamerikas wurzelte, und schloß sich den Literaten Neuenglands um den Philosophen Ralph Waldo Emerson an.³

Warum Norwegen?

Die dramatischen Ereignisse des Jahres 1848 beendeten seine literarische Tätigkeit und bewogen ihn zur Rückkehr nach Europa, um sich hier wieder politisch zu engagieren. Die Februarrevolution in Frankreich und die Märzrevolution in Deutschland, sowie die Ereignisse in seiner Heimat Schleswig-Holstein inspirierten ihn, sein politisches Programm in einem Gedicht Scandinavia zu formulieren. Hier zeichnete er die Vision Skandinaviens als einer Union von unabhängigen, in brüderlicher Eintracht existierenden Republiken, einschließlich einer autonomen friesischen Republik. Aber kurz vor seiner Abreise aus Amerika hatten sich die Verhältnisse drastisch geändert. Ende März brach der Krieg zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein aus, Deutschland trat auf die Seite der Herzogtümer, Norwegen und Schweden gaben Dänemark moralische und militärische Unterstützung.

Auf einer Massenkundgebung am 23. Juli 1848 in Bredstedt, zehn Tage nach seiner begeisterten Begrüßung, hielt Harring eine Rede, die alle Seiten befremdete. Er bot sich an, die Führerschaft zu übernehmen in dem Bestreben, eine Republik Nordfriesland zu gründen, fand jedoch bei den Nordfriesen, die für die Sache Schleswig-Holsteins kämpften, keinen Widerhall; beiden Kriegsparteien gegenüber propagierte er die Idee einer allumfassenden Bruderschaft aller Menschen als letztes Ziel der nationalen Befreiung. Also, meinte Harring sollten die Friesen sich nicht gegen andere Nationen erheben, sondern als unabhängige Republik mit ihnen kooperieren und sich mit ihnen zur Erreichung dieses Ziels vereinen. Harrings Rede brüskierte alle Seiten und machte ihn gewissermaßen zum gemeinsamen Feind. Enttäuscht verließ er seine Heimat und ging am 16. November 1848 in Hamburg an Bord des norwegischen Schoners „Maren und Jeanette“.

Harring behauptete, er sei eingeladen worden nach Norwegen zu kommen, vermutlich von einem jener radikalen Intellektuellen der norwegischen Arbeiterbewegung. Markus Thrane, der Führer dieser Bewegung, erklärte jedoch, Harring sei als Gesandter des italienischen Patrioten und Revolutionärs Giuseppe Mazzini gekommen, der das „Junge Europa“ gegründet hatte, eine Bewegung, die alle Nationen durch den gegenseitigen Austausch von Ideen vereinigen sollte. Mazzini, so meinte Thrane, war überzeugt, daß die Arbeiteraufstände in Norwegen ein fruchtbares Feld für demokratische Ideen bilden würde. Wie auch immer, Harring knüpfte enge Verbindung zu den Führern der norwegischen Arbeiterbewegung.

Für ein abseits liegendes Land wie Norwegen war es keineswegs eine Selbstverständlichkeit, von einem politischen Märtyrer wie Harring besucht zu werden, der ein Freund Mazzinis und des italienischen Nationalhelden Garibaldi war. Für die radikale Intelligenz bot der mysteriöse Harring das Bild einer pittoresken und romantischen Figur. Er beschwor Vorstellungen von Barrikadenkämpfen der Arbeiter und des Kampfes für nationale Befreiung. Durch seine ständigen Wanderungen, Verhaftungen und zahlreichen Vertreibungen wurde er für die politischen Radikalen zu einem Symbol für die Unterdrückung der Freiheit. Sie nahmen ihn gerne in ihrer Mitte auf.⁵

Die Arbeiterbewegung

Im Anschluß an die dramatischen Ereignisse des Jahres 1848 entstanden nur in drei Ländern, in England, Frankreich und Norwegen bedeutende politische Arbeiterorganisationen. Die norwegische Bewegung, geführt von Marcus Thrane, war ein präindustrielles wie prämarxistisches Phänomen. Während sich die Arbeiterbewegung in anderen Ländern aus städtischen Arbeitern rekrutierte, scharte die Bewegung in Norwegen -

praktisch ohne nennenswerte moderne Industrie - zwar auch Handwerksgesellen und städtische Arbeiter, in der Mehrzahl jedoch Kleinbauern und Landarbeiter um sich.

Marcus Thrane wurde 1817 als Sohn einer reichen Kaufmannsfamilie in Christiania geboren, wuchs jedoch wegen gescheiterter Spekulationen seines Vaters, die zum Bankrott führten, in Armut auf. Seiner Erziehung mangelte es an zielgerichteter Konsequenz. Von besonderer Bedeutung war für ihn eine romantische Reise durch Europa, insbesondere Frankreich, wo er sogar einige Zeit wegen Landstreicherei hinter Gittern verbringen mußte. Wahrscheinlich ist er dort erstmals mit den radikalen Ideen seiner Zeit in Berührung gekommen. So kam es, daß Thrane sein sozial-reformerisches Programm unter anderem auf den Ideen des französischen Utopisten Etienne Cabet und denen des französischen Sozialisten und Historikers Louis Blanc aufbaute, der die Verantwortung des Staates für Beschäftigung der Arbeiter zu angemessenen Löhnen propagierte. Thrane war ein Produkt der Bewegung von 1848. In seinen „Autobiographischen Erinnerungen“ schreibt er, wie er einen Artikel über die Februarrevolution im *Morgenbladet* las, daß die vierte Klasse - die Arbeiterklasse - plötzlich eine Beteiligung an der Regierung forderte und sich nicht mehr von den oberen Klassen beherrschen lassen wollte. Hier hatte Thrane sein Thema gefunden.

Thrane beschloß, eine Zeitung zu gründen, um sie zum Sprachrohr für die Rechte der Arbeiter zu machen. Er hatte bereits Erfahrungen als Redakteur der *Drammens Adresse*, war jedoch wegen seiner fortgesetzten Kritik und seiner sozialen Verhältnisse gefeuert worden. Im Dezember 1848 organisierte Thrane die erste Arbeiterbewegung. Im Mai des Folgejahres, als er die Arbeiterzeitung *Arbeiderforeningernes Blad* gründete, gab es bereits zehn Arbeitervereine. Thranes Programm war pragmatisch und auf einige Reformpunkte begrenzt: allgemeines Wahlrecht für Männer, Altersversorgung, Abschaffung der Getreides-

teuer und Reform des Kleinbauernsystems. Thranes Bewegung wuchs explosionsartig. Mitte der 50-er Jahre gab es 273 Vereine mit mehr als 20 000 Mitgliedern, ein alarmierendes Signal für die norwegische Regierung.

Eine Zentralverwaltung wurde im April 1850 eingesetzt, und im Mai wurde, beeinflusst durch die englische Charta-Bewegung, König Oscar I, dem Monarchen von Norwegen und Schweden, eine Petition überbracht, die zehn Mißstände beschrieb, die Thranes Organisation abzustellen suchte. Autor der Petition war Paul Hjelm-Hansen, acht Jahre lang Thranes Vorgesetzter, Anwalt, Journalist und nun, trotz seines Alters, kleiner Angestellter einer Regierungsabteilung. Soweit es die Reform der Sozialpolitik betraf, war er Sozialist, teilte aber Thranes Ansichten über die Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht. Dennoch reichten seine Ansichten für die herrschende Klasse aus, um seine berufliche Karriere negativ zu beeinflussen. Die Petition, die Thranes Kernthesen und insbesondere die Forderung nach Verbesserung der sozialen Situation der unteren Klassen beinhaltete, bezeichnete den König als besten Freund der Arbeiterschaft. Die Eröffnungspassage der Petition liest sich wie folgt: „Überzeugt, daß die armen Klassen im allgemeinen und die norwegische Arbeiterklasse im besonderen keinen engeren Freund hat als Eure Majestät, und fest überzeugt davon, daß die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit Ziel aller Unternehmungen Eurer Majestät sind, wagen wir, die unterzeichnenden Angehörigen der norwegischen Arbeiterklasse, in völligem Vertrauen, den Wünschen und Hoffnungen vor dem Throne Gehör zu verschaffen, weil wir uns als Menschen und Bürger dazu aufgerufen fühlen.“ Die Petition umfaßte 12 833 Unterschriften.

Natürlich mußte, unabhängig von der Meinung des Königs, der alles andere als den Forderungen der Arbeiter geneigt war, die norwegische Regierung und das Parlament, das Storting auf die Petition eingehen. In den ersten beiden Augustwochen 1850 sahen sich die



Harro Harring: Porträt des Theologen und Sozialreformers Honoratus Halling, um 1850.
Stadtmuseum Oslo

Der Theologe und außerordentlich produktive religiöse Schriftsteller Halling (1819-1886) engagierte sich seit 1851 für den größten Zweig der norwegischen Arbeiterschaft, die Eisenbahner. Schon vor dem Auftreten des norwegischen Arbeiterführers Marcus Thrane hatte er sich für philanthropische und humanitäre Reformen der Gesellschaft eingesetzt. In seinen Schriften verurteilte er alle Arbeitervereine, die unter der Führung des „gottlosen“ Thrane standen. Pfingsten 1850 gründete er einen eigenen Arbeiterverein, der den Zweck hatte, wahre Aufklärung und Gottesfurcht unter den Arbeitern zu verbreiten und ihre ökonomische Situation zu verbessern. Nach dem Muster von Thranes Arbeiterverein, aber in direkter Konkurrenz zu ihm, richtete er Sparkassen, Kranken- und Sterbekassen, Einkaufsgesellschaften sowie Bibliotheken und Lesezimmer ein.

norwegischen Autoritäten erneut provoziert, als der erste norwegische Arbeiterkongreß, der Thranes Vereine vertrat, in der Hauptstadt zusammenkam. Mehr als die Hälfte der 100 Abgeordneten kamen aus ländlichen Bezirken. Thrane wurde als Führer der Bewegung und Herausgeber ihrer Zeitung bestätigt. Die Kernpunkte der Petition wie auch einige neue Punkte wurden diskutiert. Einige Mitglieder wiesen unklugerweise auf einen bewaffneten Aufstand hin. Die ängstlichen norwegischen Behörden stellten sich entschieden gegen Thrane und seine Bewegung, 1851 wurde er verhaftet und saß bis 1858 im Gefängnis. Seine Bewegung löste sich schon bald nach seiner Verhaftung auf. 1864 suchte Thrane Zuflucht in Amerika und blieb dort bis zu seinem Tode 1890. Auch Paul Hjelm-Hansen zog 1867 für immer dorthin. Für die europäischen Radikalen waren die Vereinigten Staaten eine offensichtlich tolerantere Gesellschaft als irgend ein europäischer Staat jener Zeit. Viele ausgewiesene politische Reformen fanden in Amerika eine neue Heimat.⁶

Die Rolle Harrings

Aufgeschreckt vom Erfolg Thranes und seiner Arbeiterbewegung, vermuteten die norwegischen Behörden hinter Harrings Ankunft eine revolutionäre Verschwörung, glaubte man doch, er sei von ausländischen Sozialisten gesandt worden, um die Revolution anzuzetteln. Seine Bekanntheit als radikaler Republikaner eilte ihm voraus, aber offensichtlich überschätzte man sowohl seine Möglichkeiten wie auch seine Absichten. Während König Oscar I. ständig im königlichen Schloß im fernen Stockholm residierte, ergriff sein norwegischer Vizeregent (stattholder) Severin Løvenskjold Sofortmaßnahmen. Haring wurde von der norwegischen Polizei beschattet, sein Tagebuch eingezogen und Løvenskjold suchte nach Gründen, ihn aus dem Königreich vertreiben zu können.

Haring traf Thrane zum ersten Mal im

März 1850. Er wollte im *Arbeiderforeningernes Blad* für seine republikanischen Ideen werben und versuchte Thrane zu veranlassen, daß sich die Arbeitervereine für die Republik erklärten. Thrane, der sich für die bürgerliche Republik wenig begeistern konnte, fand es ausgesprochen unklug, die Monarchie in einem Augenblick zu attackieren, da die Vereine dem König die Petition vorlegen wollten. Thrane befürchtete Aktionen der Regierung als Resultat von Angriffen auf die Monarchie.

Auf der anderen Seite jedoch wollte Thrane Haring nicht vor den Kopf stoßen. So einigten sie sich, für ein gemeinsames Ziel zusammenzuarbeiten. Am 1. Mai gründete Paul Hjelm-Hansen die zweite Arbeiterzeitung unter dem Namen FOLKETS RØST (Stimme des Volkes). Das neue Arbeiterorgan weist weniger auf einen Bruch mit Thrane hin als vielmehr auf Arbeitsteilung im Sinne der Kooperation. Auf Drängen eines gewissen Bratlie, der dieses Unternehmen finanziert hatte und mit Haring in Kontakt gekommen war, wurde er und nicht Hjelm-Hansen als Herausgeber aufgeführt. Diese neue Zeitung hatte Thranes volle Unterstützung. Sie vermittelte die Botschaft auf einem höheren sozialen Niveau als das *Arbeiderforeningernes Blad* und war in seiner Agitation etwas moderater. Wie die Petition, die im selben Monat an König Oscar I. gesandt worden war, setzte sich FOLKETS RØST für freien Handel und die Ausweitung des Wahlrechts ein und enthielt außerdem viel Propaganda für die Republik. Nur elf halbwochentliche Ausgaben der FOLKETS RØST konnte Haring bis zu seiner Ausweisung herausgeben.

Harrings Ruf und der Erfolg von Thranes Bewegung erzeugten eine Panikstimmung in Regierungskreisen. Beispiele für Aufstand und Absetzung legitimer Regierungen auf dem Kontinent zeigten, wohin es führen konnte, wenn man Präventivmaßnahmen vernachlässigte. Die norwegische Regierung kam heimlich zusammen, um über Möglichkeiten zu

Abonnement kan
tegnes paa alle
Postkontorer i
Norge. Contin-
genten er ligesom
forudsat med
60 N. for et
Aarsal.



Hus det ikke er for mig, er imod mig.

Bladet udkom-
mer hver Onsdag
og Lørdag.
Kontingentskillingen
betæles med 2 N.
for et Aar for
Post.

Nr. 1.

Onsdagen den 1ste Mai.

1850.

Program.

Et Blad, der fremtræder med det bestemte Naab, at finde sit Publikum, bør fornuftigvis strax gjøre Rede for de Principer, til hvilke det agter at støtte sig.

I enhver Stat beslaar Partier — og de ville vedblive at beslaa, saalænge Nationerne ere i Fremstribt paa Civilisationens Bane. Uden Modstand er ingen Kraft i Virksomhed, og det synes i vor Tidsalder at være Despotiets Stjæbne, mod sin Villie at skulle fremme Nationernes Sag, ved at holde Folkets moralske Kraft i Bevægelse.

Men her i Norge have vi intet Despoti at bekæmpe, siger man, og det er meget godt, hvis det forholder sig saa; men, hvad der paa den anden Side, ikke er godt, er, at vi paa den anden Side have noget Demokrati i vor Regeration.

Vi have en Konstitution, og det en Konstitution, der indtil 1848 var berømt over hele Verden som den mest demokratiske i Europa, men vi have alligevel i Virkeligheden aldeles intet Demokrati.

Den europæiske Bevægelses Vibration her i Norge, manifesteret ved Arbejderforeningernes Petition til Hans Majestæt Kongen, er et slaaende Bevis paa, at Demokrati hos os er uden Repræsentation; thi Arbejderne kunne umulig have gjort sig Skyld i et saa anti-konstitutionelt Skridt som at benytte sig til Kongen i et for til Storbeting, dersom dette nogeninde havde gjort sig af med at repræsentere Demokrati.

Vort Blads Navn: "Folkets Røst" indeholder allerede i sig en Antydning af Bladets politiske "Farve". Vi tro imidlertid nærmere at burde forklare, at vi ved Folket paa ingen Maade forstaa enkelte Kasser, det være sig arbejdende, undertrykte eller privilegerede Kasser. Vi hense under Begrebet "Folk" hele Folket, Nationen selv, Indbegrebet af samtlige Statsborgere inden Landets Grænser.

"Folkets Røst", som skal frembære Folkets Ønsker og Forskaffninger, dels Klager og Trangser, dels Ret og Villie, er da naturligvis fra selve Fødselen af et demokratisk Blad i Ordets oprindelige Betydning fra det Græske: Demos: Folket.

Et Folk beslaar af enkelte Individier: Mennesker, af hvilke enhver har hellige Pligter at opfylde mod Samfundet: Folket, medens Samfundet selv er forpligtet til at sørge for ethvert enkelt Menneskes fysiske og aandelige Velvære gennem Lovgivning og Forvaltning.

"Folkets Røst" som et sandt Folkeblad kan selvfølgelig ikke søge sit Publikum alene i de saakaldte arbejdende Kasser, — hvis Sag vi dog, paa Grund af det demokratiske Princip, ville forsvare med alle Kræfter, og uden at kompromitere os ved nogen Halvhed eller Modsigelse — men det søger sit Publikum ligesaa vel blandt alle andre Kasser, og vort Hovedoie skal stedse

være: at forene og forbinde alle gode Borgere i en moralsk og samvittighedsfuld Samvirken for Norges Vel.

Vi erkende theoretisk ingen "arbejdende" og ingen "konsumerende" eller "privilegerede" Kasser i Norge, da vor Konstitution stiller alle Statsborgere i en demokratisk Paralel. Erklærer her ikke beslommerte faktisk undertrykte, deres Ret berøvede Kasser, og har Statens Administration fremstillet nogen Modsigelse ved at protegere bestående eller bestående konsumerende Kasser, saa erklære vi det for en hellig Pligt at oplyse de bestaaende Misforhold og Modsigelser i Statens Administration og Repræsentation, for at undgaa forstyrrende Følger af Begrebernes Konfusion om Ret, Arbejdets Resultat, Eiendom og Cieres Pligt mod Folk og Fædreland.

Vi kalde "Folkets Røst" et Blad for Religion og Politik, fordi disse to Begreber ere saa inderlig beslægtede, at intet Blad er isand til at berøre Politiken (det vil sige: Menneskets Forhold til Stat — Folk og Fædreland) uden at berøre de hoiere Ideer, som aabenbarer sig i Menneskehedens hele Historie, i evige Fremstribt til Folkets Uddannelse og Forandring fra Aarhundrede til Aarhundrede — og Menneskets Forhold til denne hoiere Idee: Gud, som aabenbarer sig i sine Varer, er Religion.

"Religion" og "Kultus" eller Ritus ere forskjellige Begreber. Religion er Aand; — Kultus og Ritus ere de Former, under hvilke Aanden fremtræder, men ere selv hyppigen uden al Aand. Vi skulle elske og tilbede Gud i "Aand og Sandhed," og vor Kjærlighed til Ham skal ikke bestaa i blotte Ord, men i Handlinger — i Daad og Varer. Vi skulle elske vor Medmennesker, og af religiøs Pligt skulle vi virke for den lidendes Linderung og den Undertryktes Befrielse. Vi erkende, at Mennesket er "skabt efter Guds Billede." Men Gud er Aand, og selvfølgelig er vor Gudsdienselse, vort aandelige Væsen, isort et jordisk Legeme.

Saa snart Mennesket er blevet sig fra Værlighed som Menneske bevidst, føler det sig omfattet af Kjærlighedens Bånd og sine Pligter mod Menneskeheden; men disse Pligters Opfyldelse er en umulighed uden Bevidstheden om vor Nationalitet, uden Kjærlighed til Fædrelandet. Udsettinge vi Begreberne: Nation og Fædreland, bliver Menneskeheden et Chaos — og intet Menneske paa Jorden vil længere være isand til at virke for sine Medmenneskers Velstand.

Efter disse simple Forklaringer over Politik og Religion, Demokrati og Fædreland have vi kun at tilføie det Naab, at vi ikke forgjæves skulle appellere til det menneskelige Hjerte, naar vi søge at indtale de lidende Kasserets Rettigheder. Vi haabe at finde Demokratiets og Religionens Aand i Individet af alle Samfundskasser, saa ofte vi berøre Menneskets hellige Pligt, at bispaa sin lidende Broder og forbedre hans Stilling. Men paa den anden Side haabe og fortælle vi og, at de arbejdende og lidende

beraten, Harring aus dem Königreich auszuweisen. In der Beratung mit König Oscar I. trieb Vizeregent Løvenskjold diese Bemühungen voran. Harring selbst kam ihm dabei zu Hilfe, als er das Theaterstück *Testamentet fra America. Originalt Norsk Skuespil med Sang i fem Akter* (Das Testament aus Amerika: Ein original norwegisches Schauspiel mit Gesang in fünf Akten) herausgab. Das Stück arbeitete mit der mittlerweile traditionellen Vorstellung, daß Reichtum von einem „Onkel aus Amerika“ komme. Die Sprache und die Namen der Personen gaben dem Stück einen eindeutig norwegischen Charakter. Letztlich war es eine satirische Farce, die die norwegische Polizei und die Amtsmänner der Regierungsbezirke aufs Korn nahm. Insgesamt war das Stück ein Angriff auf die Monarchie es enthielt ferner die Werbung für Harrings Lieblingsidee von einem Skandinavien unabhängiger Republiken mit einer nordfriesischen Republik.

Harrings Stück erschien im Mai und wurde von den norwegischen Behörden genau unter die Lupe genommen. Der Stiftsamtman Niels Sem in Christiania schlug dem Justizministerium vor, Harring der republikanischen Agitation anzuklagen und auszuweisen. Am 27. Mai setzte Løvenskjold in der Regierung eine vom Justizministerium vorbereitete Resolution durch, Harring des Landes zu verweisen.

Der erste Absatz dieser Resolution liest sich wie folgt: „Ende letzten Jahres kam ein Ausländer namens Harro Harring in diese Stadt (Christiania). Nach den Ermittlungen des Ministeriums ist er mehrere Jahre durch die verschiedenen Länder Europas gereist, hat sich in die verschiedensten politischen Angelegenheiten eingemischt und ist aufgrund sowohl dieser Aktivitäten als auch seiner politischen Schriften aus zahlreichen Staaten ausgewiesen worden und hat weitere Behinderungen erfahren. Seit kurzem ist er Mitarbeiter einer Zeitung mit Namen „Stimme des Volkes“, und vor wenigen Tagen wurde ein sogenanntes norwegische Theaterstück unter seinem Na-

men herausgegeben, betitelt Das Testament aus Amerika“.

Die lange Resolution führt die anstößigen Stellen Seite für Seite auf und kommt zu dem Ergebnis: „Zusammengefaßt enthält das Stück die Botschaft, daß die monarchische Regierungsform, die konstitutionelle ebenso wie die absolute, mit menschlicher Gerechtigkeit und Würde unvereinbar ist, zu moralischer Verkommenheit führt, und sich auf Machtausübung und eine korrupte Polizei gründet - alles Maximen, die in diesem Werk als besonders auf die norwegische Regierungsform zutreffend dargestellt sind.“

Die norwegische Verfassung von 1814 garantierte Presse- und Redefreiheit. Das Ministerium war daher bemüht, festzustellen, daß „man nicht erkennen kann, daß eine derartig liederliche Aushöhlung der Pressefreiheit wie in diesem Falle mit Geist und Buchstaben der Verfassung zu vereinbaren sei.“ Harrings Stück war also mit anderen Worten durch die Verfassung nicht gedeckt. In der Resolution wies das Ministerium darauf hin, daß der unbestreitbare Mißbrauch der Pressefreiheit, nicht nur durch einen Ausländer, einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen würde, „bis wohin derartige Vermessenheit unbestraft gehen kann, wenn das angegriffen wird, was in Übereinstimmung mit der Verfassung Gegenstand besonderer Wertschätzung sein sollte.“

Allemaal hatten die Behörden nun die Munition, die sie brauchten. Wie bereits oben ausgeführt, wurde Harring am 29. Mai von der Polizei geweckt, verhaftet und auf dem Dampfschiff „Nordcap“, das gerade im Hafen lag, nach Copenhagen geschafft. Als seine Verhaftung in der kleinen norwegischen Hauptstadt bekannt geworden war, wurde noch am selben Tag zu einer Massenveranstaltung aufgerufen und 146 Bürger unterschrieben eine Petition an den Justizminister, in der sie gegen die Beschneidung der geistigen Freiheit protestierten, die dieser Akt gegen Harring bedeute. Die meisten von ihnen waren junge Liberale, von denen viele später beachtliche Kar-

Welche Bedeutung hatte Harrings Norwegenaufenthalt?

rieren machten. Der junge Henrik Ibsen und Bjørnstjerne Bjørnson, die beide später internationalen Ruhm erreichten, fanden hier ein Ventil ihres jugendlichen Protests. Obwohl ebenfalls auf dieser Versammlung, beteiligte sich Thrane nicht an der Unterschriftenaktion, vielleicht aus taktischen Erwägungen oder weil er es befremdlich fand, gegen eine Verletzung der Verfassung zu protestieren, wenn man sie ablehnte. Der Protest ergriff viele Bürger der Hauptstadt. Etwa 2000 Demonstranten sollen an einem Marsch teilgenommen haben, „um sich im Namen aller Bürger Christianias von der verwerflichen Aktion gegen einen Ausländer, der hierher kam und Asyl suchte, zu distanzieren.“

Harring landete in Kopenhagen, und da er während seines Aufenthalts in Amerika Bürger der USA geworden war, halfen ihm amerikanische Diplomaten bei der Überfahrt nach England. Von Hull aus sandte er einen Protest gegen die Behandlung durch die norwegische Polizei, der am 5. Juli 1850 im Morgenblatt erschien. Er wandte sich an „die öffentliche Meinung in allen zivilisierten Staaten gegen die Gewalt und die Angriffe auf sein Leben und seine Ehre seitens der norwegischen Regierung.“ Er dankte auch den Bürgern Christianias, die gegen „den illegalen Akt ihrer Regierung durch seine Festnahme, Abführung und Ausweisung, was als immerwährende Schande für Norwegen“ betrachtet wurde, protestiert hatten.

Harring setzte seine Wanderungen fort, kehrte sogar nach Amerika zurück, lebte jedoch meistens - in großer Armut - in England. Seine letzten Jahre verbrachte er auf der Kanalinself Jersey, vor der französischen Küste. Dort nahm er sich am 15. Mai 1870 im Alter von 72 Jahren das Leben. Marcus Thrane, der zu der Zeit in Amerika lebte, sagte posthum über ihn, daß er „ein tapferer und ehrenhafter Mann mit noblen Ansichten“ war.⁷

Der Protest gegen die konservative Regierung, der seiner Ausweisung aus Norwegen folgte, war in der Tat Harrings bedeutsamste Wirkung auf das politische Leben Norwegens. Seine Schriften, die den Behörden letztlich den Grund lieferten, gegen ihn vorzugehen, waren nur von kurzer Bedeutung. Im Jahre 1850 wurden Parlamentswahlen zum Storting abgehalten, und die parlamentarische Opposition nahm die Behandlung Harrings durch die konservative Regierung zum willkommenen Anlaß, die konservativen Kräfte und deren Vertreter im Storting heftig anzugreifen. In dieser Frage fanden sich die liberale Opposition, FOLKES RØST, die noch bis zum Ende des Jahres unter der Herausgeberschaft von Hjelme-Hansen erschien, und die Arbeitervereine in friedlicher Eintracht.

Wie setzte sich die parlamentarische Opposition zusammen? Der Liberalismus in Norwegen zeigte sich in einer aktiven Beteiligung der Bauern an der Politik. Besitz qualifizierte die Bauern als wahlberechtigte Klasse, und seit etwa 1830 zeigten sie sich selbstbewußt genug, um zunehmend für ihre eigenen Angelegenheiten zu stimmen. Infolge dieser Entwicklung konnten sie in der Wahl 1833 45 der 100 Sitze im Storting gewinnen, die verbliebenen entfielen auf die Funktionäre und auf die Kaufleute. Bauernführer wie Ole Gabriel Ueland in den 30ern und Søren Jaabæk seit den späten 40ern gaben den Bauern eine starke Stimme in den parlamentarischen Zusammenkünften. Allgemein war ihr Hauptziel, die Macht des Volkes zu stärken und die der Beamten zu beschneiden. Unterstützung fanden die Bauern bei jungen städtischen Intellektuellen, kleinen Kaufleuten und Künstlern. Deren einflußreichster Vertreter war der junge Rechtsanwalt Johann Sverdrup, der jedoch erst 1851 zum Mitglied des Storting gewählt wurde.

So setzte sich die parlamentarische Opposition aus städtischen Intellektuellen und

der Mehrzahl der Bauern zusammen. Die Bewegung Thranes führte zu einem Riß zwischen den kleinen Bauern und den Großgrundbesitzern, insbesondere im östlichen Norwegen mit ihrem Gefolge von Kleinstbauern und Arbeitern. Thranes Reformprogramm bedrohte deren Wohlstand und so schlugen sie sich mit den reichen Kaufleuten und den Beamten auf die Seite der Regierung. Die Zeit von etwa 1840 bis 1870 wird in der norwegischen Geschichte oft als die „klassische Ära der Beamtenherrschaft“ bezeichnet, da die Beamten, die in königliche Ämter gewählt wurden, zusammen mit ihren Kollegen im Storting trotz einer unüberhörbaren liberalen Opposition und einer radikalen Arbeiterorganisation erhebliche politische Stabilität garantierten. Die letztgenannten Kräfte vereinten sich in ihrer Attacke gegen die Regierung in der Verurteilung des illegalen Aktes gegen Harring.

Allerdings waren die liberale Opposition und die Thranegruppe schon vor der dramatischen Vertreibung Harrings zu einem gegenseitigen Einvernehmen gekommen. Das Morgenbladet, Sprachrohr der liberalen Opposition, rückte spätestens 1850 von seiner anfänglich feindseligen Haltung gegenüber den Arbeitervereinen ab. Andere liberale Zeitungen außerhalb der Hauptstadt nahmen viele Ziele der Arbeiterreform wohlwollend auf. Im Frühjahr 1850 stellte das Morgenbladet angesichts einer Parlamentswahl fest, daß Thrane eine politische Massenbewegung geschaffen hatte, was der liberalen Opposition bisher nicht gelungen war. Man wollte aus den radikalen Strömungen insoweit Kapital schlagen, als man Kontrolle über die Arbeitervereine gewann. Die Zeitung umwarb die Arbeiter dadurch, daß sie viele ihrer Forderungen aus der Petition an Oscar I. vom Mai 1850 unterstützte. Gleichzeitig versuchte die Zeitung, Thrane zu diskreditieren, der mittlerweile durch leichtfertige Äußerungen bis zur Blasphemie die Konfrontation mit der Staatsautorität suchte und zu einer ernsthaften politischen Belastung geworden war. So versuchte die Zeitung, ihn

loszuwerden, und gegen einen Führer auszutauschen, der auch von den Liberalen getragen würde. Tatsächlich bemühten sich ziemlich viele Mitglieder der Arbeitervereine um das Stimmrecht, die somit fast naturgegeben dem liberal-demokratischen Lager zugeordnet werden konnten.

Für Thrane nahm Harring mit seinem Schicksal das eigene praktisch vorweg. Im Juli wurde er verhaftet und wegen Blasphemie zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Am 31. Juli 1850 wurde der erste Arbeiterkongreß in Christiania eröffnet, der wie oben erwähnt die ersten zwei Augustwochen tagte. Dieser Kongreß zeigte gleichzeitig Thranes ungebrochene Stärke als Führer dieser Bewegung, aber nicht lange. Die Angst der oberen Klassen und der Großgrundbesitzer vor Volksaufständen, das energische Auftreten der Regierung bei der Ausweisung Harrings und der Verhaftung Thranes, aber auch die Fähigkeit, die liberale Opposition zu beschwichtigen, hielt die herrschende Klasse an der Macht. Der Harring Vorfall gab der liberalen Opposition die Chance, sich sowohl für die Arbeiterbewegung stark zu machen als auch die Regierung zu attackieren. In einer Artikelserie ging das Morgenbladet mit der Regierung und ihrer Verletzung der Verfassung ins Gericht. Die Ausgabe vom 6. Juni 1850 enthielt einen biographischen Bericht über sein Leben und seine Karriere. Es behauptete, daß „Harro Harring, wo immer er auch gewesen ist, mit seinem fruchtbaren Intellekt einen Beweis seiner Anwesenheit“ gegeben habe. Eine derartig unbegründete und illegale Aktion gegen einen Mann wie Harring würde nach Meinung des Morgenbladet die Regierung Norwegens diskreditieren, soweit Harrings Ruhm reicht.

Im weiteren Verlauf der norwegischen Geschichte allerdings sollten sich Harrings Aktivitäten und seine Deportation lediglich als Episode erweisen, die kurzfristig Liberale und Radikale in ihrem Kampf gegen die herrschende Klasse zu vereinen vermochte. In ihrem Bemühen, die Arbeiter zu kontrollieren, hat-



Harro Harring: Porträt des Staatsrevisors Peder K. Gaarder, 1850. Stadtmuseum Oslo

Der Jurist Gaarder (1814-83) war einer der führenden Staatsrechtler Norwegens. 1845 schrieb er eine „Auslegung der Verfassung und der übrigen Gesetze sowie des öffentlichen Rechts des norwegischen Reiches“, in der er großes Gewicht auf das Prinzip der Volkssouveränität legte und den § 112 der Verfassung dahin interpretierte, daß im Parlament (Storting) Verfassungsänderungen auch ohne Zustimmung des Königs durchgeführt werden könnten. Gaarders Schrift wurde von regierungstreuen Kreisen stark angegriffen, auch seine Wahl zum Staatsrevisor des Storting im Jahre 1848 war heftig umstritten.

ten die Liberalen nur geringen Erfolg, und Thrane's Bewegung löste sich nach seiner zweiten Gefangennahme 1851 auf. Eine Erneuerung der Arbeiterbewegung lag noch in weiter Ferne. Es sollte noch weitere 30 Jahre dauern, bis endlich 1884 eine liberale Koalition die Konservativen in der Macht ablöste und Norwegens erste parlamentarische Regierung bildete. Harro Harrings kurze und trübe Erfahrung mit der norwegischen Justiz der Jahrhundertmitte war da bereits längst vergessen - sie hinterließ keinen dauernden Eindruck.⁸

Der Autor

Odd S. Lovoll lehrt seit 1971 am St. Olaf College, Minnesota und ist seit 1980 Herausgeber der NAHA (Norwegian-American Historical Association) Publikationen. Seine Veröffentlichungen sind unter anderem: *A Folk epic: The Bygdela in America* (1975), *The Promise of America: A History of the Norwegian-American People* (1984) und *A Century in Urban Life: The Norwegians in Chicago before 1930* (1988), sowie zahlreiche weitere Aufsätze über skandinavisch-amerikanische Themen und Probleme. 1986 wurde Lovoll von König Olav V. mit einem Verdienstorden ausgezeichnet.

* Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Joachim Reppmann, Flensburg.

1. Mein Dank gilt den Mitarbeitern des norwegischen Nationalarchivs, der Universitätsbibliothek und dem Archiv der Arbeiterbewegung, alle in Oslo, für ihre lebenswürdige Unterstützung während meiner Forschungen in diesen Einrichtungen.

Halvdan Koht, H. Harring: *Menn i historia* (Oslo: H. Aschehoug & Co), 1963, S. 50. - Vgl. auch die Schrift von Joachim Reppmann, „Amerikaauswanderer Harro Harring - Vor und nach der Revolution von 1848“.

2. Oddvar Bjørklund, Marcus Thrane. *En stridsmann for menneskerett og fri tanke* (Oslo: Tiden Norsk Forlag), 1951, S. 215 -217.

3. Reppmann, „Amerikaauswanderer“ Harro Harring. - Koht, *Menn i historia*, S. 68 - 70.

4. Koht, *Menn i historia*, S. 70f.

5. Ebenda, S. 71f. - Bjørklund, Marcus Thrane, S. 215.

6. Terje I. Leiren, Marcus Thrane: *A Norwegian Radical in America* (Northfield, Minnesota: The Norwegian-American Historical Association, 1987). S. 3 - 16. - Tore Pryser, „Innleiing“, in Pryser, Hg., *Thraneørsla i norske bygder* (Oslo: Det Norske Samlaget), 1977, S. 7 - 22. - Marcus Thrane, „Autobiographical Reminiscences“, 1917 übersetzt von Vasilja Thrane Struck, Manuskript in der Universitätsbibliothek Oslo. - *Arbeiderforeningernes Blad* vom 12.6. 1850 druckt die Petition ab. - Bjørklund, Marcus Thrane, S. 213-217.

7. Koht, *Menn i historia*, S. 72f. - Bjørklund, Marcus Thrane, S. 213-217. - *Morgenbladet* 31.5., 4.6., 5.7, 1850 - Harro Harring, *Testamentet fra America. Originalt Norsk Skuespil med Sang i fem Akter* (Christiania: W.E. Fabricius), 1850.

8. *Morgenbladet* vom 3,4,6,11,17,21,28 Juni, vom 2,5,7,12,16,17,26 Juli, vom 1,8,16. September 1850. - Rolf Danielsen u.a., *Grunntrekk i norsk historie. Fra vikingetiden til våre dager* (Oslo: Universitetsforlaget), 1991, S. 221-225. - Bjørklund, Marcus Thrane, S. 218-225.

Gefahren des deutschen Nationalismus

Walter Grab

Vierzig Jahre lang verlief die Grenze zwischen den beiden konkurrierenden politischen und ökonomischen Systemen quer durch Deutschland, wobei die Sieger des Zweiten Weltkrieges jedem der beiden Teilstaaten nur beschränkte Souveränität zugestanden. Diese sichtbare Mahnung an das schmachvolle Erbe der Naziverbrecher gehört nun der Vergangenheit an. Nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik hat Deutschland das unbeschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht wieder erhalten. Die Schaffung eines Wirtschaftskolosses und politischen Machtblocks von fast 80 Millionen Einwohnern hat bei den Nachbarvölkern Besorgnis vor den möglichen Konsequenzen hervorgerufen. Sie haben nicht vergessen, daß deutsche Nationalisten das politische Selbstbestimmungsrecht *anderer Nationen* mit Füßen getreten und in unserem Jahrhundert zweimal den Griff nach der Weltmacht versucht haben. Ihre Befürchtungen vor einer Wiederbelebung deutsch-nationaler Machtpolitik sind ernst zu nehmen. Ich möchte in meinem Referat einige politische und gesellschaftliche Entwicklungslinien des deutschen Nationalismus nachzeichnen um seine Gefahren zu verdeutlichen.

Der *revolutionäre* Weg der nationalen Einigung Deutschlands, der nur durch gemeinsames Vorgehen aller politisch rechtlosen Klassen Erfolg haben konnte, scheiterte im Jahre 1848. Das Besitzbürgertum zog es aus Furcht vor der proletarischen Drohung und der Gefährdung des Eigentums vor, den adeligen Gewalthabern weiterhin die politische Macht zu überlassen. Als Otto von Bismarck zum Kanzler Preußens ernannt wurde, setzte er das Heer ebenso als

Werkzeug der nationalen Einigung ein, wie es auch zur Niederschlagung der Revolution verwendet worden war. Die deutsche Frage könne, meinte er, nicht durch "Majoritätsbeschlüsse" gelöst werden, wie es das Frankfurter Parlament vergebens versucht hatte, sondern vielmehr nur durch Waffengewalt auf dem Schlachtfeld, durch Blut und Eisen.

Mit den drei sogenannten "Einigungskriegen" gegen Dänemark 1864, gegen Österreich zwei Jahre später und gegen Frankreich 1870/71 gelang es der preußisch-deutschen Politik, den vom Bürgertum aus ideologischen Gründen ersehnten und aus wirtschaftlichen Ursachen benötigten Nationalstaat zu errichten, wobei die alte Sozialhierarchie und das monarchische Prinzip beibehalten wurden. Das neue Kaiserreich wurde also *nicht* durch eine demokratische Volkserhebung, *nicht* durch den Sturz der traditionellen Gewalten geschaffen, sondern durch militärische Siege in Aggressionskriegen gegen angebliche oder wirkliche äußere Feinde. Der Festakt im Schloß von Versailles am 18. Januar 1871 reflektierte den Triumph der Reaktion. An der Wiege der neuen nationalen Einheit Deutschlands standen keine gewählten Volksrepräsentanten, sondern vielmehr fürstliche Obrigkeiten und die preußische Militärmacht. Während Frankreich sich zur parlamentarischen Republik bekannte und damit die demokratische Tradition der großen Revolution fortsetzte, dominierten in der deutschen Politik konservative und vergangenheitsorientierte Mächte.

Nicht das kosmopolitische und menschheitsbefreiende Ideengut der Aufklärung, sondern romantische Vorstellungen einer

pseudo-mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit prägten das geistige Antlitz des Bismarckstaats. *Nicht* brüderliche Gleichberechtigung aller Nationen, sondern chauvinistischer Dünkel und der irrationale Glaube an die Überwertigkeit des Deutschtums wurde zur herrschenden Gesinnung. *Nicht* Volkssouveränität und Ministerverantwortlichkeit gegenüber einer demokratischen Volksvertretung, sondern politische Machtlosigkeit des zu einer Schwatzbude erniedrigten Reichstags und die Einsetzung des Kanzlers durch den Gottesgnadenherrscher waren in der Konstitution verankert, die keinen Grundrechtskatalog besaß. Der Geist nationalistischer Selbstüberhebung, der den Triumph über das Mutterland der Revolution, über den sogenannten "französischen Erbfeind" feierte, nahm derartige Ausmaße an, daß - nach einem Wort des Schweizer Historikers Jacob Burckhardt - "die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870/71 orientiert" schien und "das Militärische zum Vorbild alles Öffentlichen" wurde.

Bismarck, der bis 1890 Reichskanzler war, erklärte wiederholt, das Deutsche Reich sei saturiert und beanspruche keine Grenzerweiterung. Es stellte sich jedoch heraus, daß der politische Status quo nicht auf Jahrzehnte hinaus in Erstarrung gehalten werden kann. Die politische Saturiertheit Deutschlands kontrastierte mit den Interessen der Inhaber der Schlüsselindustrien, der Hochöfen und Bergwerke, der exportorientierten Wirtschaft. Schon vor der Jahrhundertwende überholte Deutschland in ökonomischer Hinsicht England. Der Staat unterstützte die industrielle Entwicklung durch ein dichtes Netz von Facharbeiterschulen; die berühmte "deutsche Wertarbeit" hängt nicht mit übernatürlichen Fähigkeiten zusammen, sondern mit der Tatsache, daß die bessere Ausbildung der Facharbeiter staatlich mehr gefördert wurde als anderswo, damit das Bürgertum sich mit dem

ökonomischen Kraftzuwachs zufrieden gebe und keine politischen Ansprüche stelle. Die stürmische Entwicklung der deutschen Wirtschaft zwang zur Eroberung neuer Märkte und zu aggressiver Außenpolitik. Neue technische Erfindungen, die die Leistungsfähigkeit der Industrie steigerten, nährten die Überzeugung, daß die Höherwertigkeit und Überlegenheit des Deutschtums naturgegeben sei.

Im autoritären Obrigkeitsstaat traten die klaffenden gesellschaftlichen Widersprüche infolge der industriekapitalistischen Ausbeutung und des rapiden Anwachsens eines in elenden Bedingungen lebenden Proletariats schroff hervor. Die Sozialdemokratie, die die stärkste Arbeiterpartei Europas war und allgemein als Bedrohung des wilhelminischen Militärstaates und des kapitalistischen Wirtschaftssystems angesehen wurde, gliederte sich jedoch seit Mitte der neunziger Jahre mehr und mehr als "loyale Opposition" in das autoritäre Sozialgefüge ein. Die Volksmassen und natürlich auch die Wähler der Arbeiterpartei waren nicht nur strenger obrigkeitlicher Disziplinierung in der Schule, am Arbeitsplatz und bei der Militärdienstpflicht unterworfen, sondern auch dem Einfluß nationalistischen Ideenguts ausgesetzt. Die sozialdemokratischen Lippenbekenntnisse der Revolutionsbereitschaft und des proletarischen Internationalismus hatten auf die breiten Massen geringere Wirkung, als die von allen Kanzeln und Kathedern gepredigte Behauptung der Nationalisten, daß am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen werde.

Die wirtschaftliche Stärke und Überlegenheit der deutschen Industrie bildete die materielle Basis der sogenannten "Weltpolitik" Kaiser Wilhelms II. Der Alldeutsche Verband, die Deutsche Kolonialgesellschaft und andere einflußreiche Kreise des nationalistischen Bürgertums förderten den Bau einer gewaltigen Kriegsflotte als Vorbedingung einer wirtschaftlichen und politischen

Expansionspolitik. Der Kaiser verkündete, Deutschlands Zukunft liege auf den Wassern, und behauptete, die anderen Mächte hätten Deutschland den ihm zustehenden "Platz an der Sonne" geraubt. Derartige Äußerungen provozierten die englische Seemacht, deren Verständigungsangebote von den deutschen Staatsmännern zurückgewiesen wurden, und trugen zum Rüstungswettlauf und zur Erhöhung der Kriegsgefahr bei. Um die wirtschaftlichen und politischen Expansions- und Aggressionspläne Deutschlands einzudämmen, schlossen sich England, Frankreich und Rußland 1907 zur sogenannten Triple-Entente zusammen. Dieses Bündnis bezweckte, angemäßte, vermessene und unermeßliche Hegemonialansprüche des Deutschen Reiches abzuwehren. Kaiser Wilhelm II., der es liebte, sich in schimmernder Wehr und ~Waffenrüstung des Mittelalters malen und photographieren zu lassen, behauptete mehrmals, die Vorsehung habe ihn dazu ausersehen, als wiederauferstandener Barbarossa das Schicksal Europas zu lenken.

Die Forschungen des Hamburger Historikers Fritz Fischer haben bewiesen, daß die Politik des kaiserlichen Deutschland bei der Entfesselung des ersten Weltkriegs die Hauptverantwortung trug. Die konservativen Staatsmänner, die seit ihrem militärischen Sieg über die demokratische Revolution von 1848 alle politischen Probleme mit Blut und Eisen lösen zu können glaubten, versuchten den Griff nach der Weltmacht, indem sie in nationalistischer Überschätzung der eigenen Stärke wagten, Frankreich und Rußland gleichzeitig den Krieg zu erklären. Neben territorialen Eroberungen in Ost und West und Vernichtung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt verfolgte die deutsche Reichsleitung auch das Ziel, die organisierte Arbeiterbewegung von den Klassenkampfparolen abzulenken und in die Stimmung eines Hurrapatriotismus zur Vaterlandsverteidigung zu versetzen. Während die außenpolitischen

Ziele nicht erreicht wurden, konnten die herrschenden Schichten an der inneren Front einen vollen Erfolg buchen: die Sozialdemokratie bewilligte im Reichstag die Kriegskredite und sagte zu, „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stiche zu lassen“. Der Begeisterungsjubel der ersten Kriegstage im August 1914 zeigte, wie sehr die nationalistische Propaganda gewirkt hatte, und daß sich die breiten Massen gegen ihre eigenen Interessen in das Gemetzel der Materialschlachten hineintreiben ließen.

Der nationalistische Ungeist wirkte aber nicht nur auf die Unterschichten, sondern ebenso stark auch auf die Intellektuellen ein. Wie sehr die Überschätzung des eigenen Volkstums die deutsche Gelehrtenwelt von den universalen Aufklärungsideen entfremdet hatte, zeigte sich im Oktober 1914, als 93 Koryphäen des Geisteslebens, meist Hochschullehrer, ein Manifest "An die Kulturwelt" unterzeichneten, das in Übereinstimmung mit den Forderungen des Alldeutschen Verbandes ein Europa unter deutscher Führung und unter Negierung des Selbstbestimmungsrechts anderer Völker postulierte. Eine Welle nationalistischer Kriegspublizistik, die alle Andersdenkenden und Pazifisten als Verräter und Feiglinge verketzerte, ergoß sich über das Land. Die antiliberalen und irrationalen „Ideen von 1914“, die als ideologische Alternative der "Ideen von 1789" konzipiert waren und die angeblich organisch gewachsene "deutsche Volksgemeinschaft" mythisch überhöhten, wurden in zahlreichen Essays renommierter Wissenschaftler und Leitartikeln führender Journalisten propagiert. Sie leisteten den deutschen Herrschaftsansprüchen über andere Länder Vorschub, indem sie den Militarismus als heldische Gesinnung, als höchste Vollen- dung nationaler Pflicht, ja als Erfüllung des kategorischen Imperativs priesen. Der etwa tausend Mitglieder zählende Bund deutscher Gelehrter und Künstler, der seinen Sitz in

der Berliner Akademie der Wissenschaften hatte, feierte den Krieg als "deutsche Revolution".

Nach dem verlorenen Krieg konnten die nationalistischen Kräfte, die die Volksmassen auf die Schlachtbank getrieben hatten, ihre gesellschaftliche Machtstellung weitgehend behaupten. Ihre Propaganda behauptete, daß Marxisten und Juden den Sieg des tapferen deutschen Soldaten durch einen feigen "Dolchstoß in den Rücken" vereitelt hätten. Diese Legende, die die Verantwortung von den wahren Urhebern der nationalen Katastrophe auf Demokraten und Sozialisten abwälzte, verschmolz mit der Propagandakampagne gegen die sogenannte "Kriegsschuldfrage". Das Märchen von der Einkreisung Deutschlands durch böse Feinde, die dem eigenen Heldenvolk seinen rechtmäßigen "Platz an der Sonne" mißgönnt und geraubt hätten, wurde in den Massenmedien, in zahllosen Versammlungen und offiziellen Veranstaltungen immer wieder eingehämmert und von breiten Kreisen geglaubt. Die konservativ und nationalistisch eingestellte Mehrheit der Hochschullehrer behauptete nach wie vor, daß die Demokratie ein fremdes und welsches, dem deutschen Geist unzuträgliches Element sei. Die meisten Historiker, die als Mentoren und Präzeptoren Germaniens auftraten, bliesen weiterhin die nationale Heroldstrompete und feierten Bismarck als größten Staatsmann Deutschlands, obwohl das Kaiserreich sich nicht als lebensfähig erwiesen hatte.

Vor dem Krieg hatte das preußische Dreiklassenwahlrecht den konservativen Deutschnationalen politische Spitzenpositionen garantiert, weil es ihnen achtmal soviel Stimmen einräumte wie den Arbeitern. In der Weimarer Republik mußten sich die traditionellen Führungsschichten aber demokratisch legitimieren. Sie waren daher gezwungen, sich durch Massenorganisationen im Volk einen Rückhalt zu verschaffen, und gingen mit dem durch Krieg, Inflation und

Wirtschaftskrise pauperisierten Kleinbürgertum politische Bündnisse ein. Bei ihrem Kampf gegen die Demokratisierung der Gesellschaft diente der Antisemitismus als Kitt zur Verwischung der Klassegegensätze und wurde zu einem politischen Faktor ersten Ranges. Aus der Niederlage zogen die Nationalisten und Rassehetzer den Schluß, daß sie beim nächsten „Griff nach der Weltmacht“ brutaler und rücksichtsloser vorgehen und alle humanitären Erwägungen über Menschenrechte über den Haufen werfen müßten.

Während der Konjunkturperiode der Weimarer Republik vereinbarte der Außenminister Gustav Streseemann, der der rechtsliberalen "Deutschen Volkspartei" angehörte, den sogenannten Locarno-Pakt mit dem französischen Außenminister Aristide Briand. Dort erkannte Deutschland an, daß Elsaß und Lothringen in französische Hände übergegangen war. Streseemann verzichtete auf diese Gebiete und erklärte sich bereit, mit Frankreich einen dauerhaften Frieden zu schließen. Dafür erhielten die beiden Staatsmänner Streseemann und Briand den Friedensnobelpreis.

Deutschland mußte nach 1918 jedoch nicht nur im Westen, sondern auch im Osten Gebiete abtreten, nämlich Westpreußen, Posen, Danzig und einen Teil Oberschlesiens. Diese Verluste erkannte Streseemann aber nicht an. Er sagte: "Ein Ost-Locarno wird es nicht geben! Wir verzichten unter keinen Umständen auf deutsche Gebiete, die Polen erhalten hat." Diese Aussage ist sehr bedeutungsvoll. Die polnische Westgrenze ist keine relativ unwichtige Grenze, wie etwa die Grenze zwischen Schweden und Norwegen. Das ist eine blutende Grenze, nicht erst seit 1925 oder 1918, sondern schon in der Revolution von 1848, ja seit Polens Teilungen im 18. Jahrhundert. Sie ist die Grenze, die den Anlaß zum Zweiten Weltkrieg wegen Danzig und dem polnischen Korridor gegeben hat. Streseemanns Äußerung zeigt, daß

in der nationalistischen Politik Deutschlands gegenüber Polen eine direkte kontinuierliche Linie von der Weimarer Republik über die Außenminister der Nazis, Neurath und Ribbentrop, bis zur jahrzehntelangen Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik existiert.

Die Wahl des angeblich unbestechlichen Feldherrn Hindenburg zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 zeigte, auf welch schwachen Füßen die Weimarer Republik stand; denn dieser "Ersatzkaiser, der sich rühmte, niemals im Leben ein anderes Buch gelesen zu haben als das preußische Exerzierreglement, war ein typischer Repräsentant derjenigen Kräfte, die das deutsche Volk seit drei Generationen auf den militaristischen nationalistischen und antidemokratischen Weg geführt hatten.

Nach wenigen Jahren anscheinender konjunktureller Stabilisierung setzte 1929 der Todeskampf der Weimarer Republik ein. In der Wirtschaftskrise, als die Anzahl der Arbeitslosen und abgrundtiefem Elend Preisgegebenen sprunghaft anwuchs, konnten die Dunkelmänner, die Parlamentarismus, Demokratie, Menschenrechte, Toleranz, Völkerfreundschaft und alle anderen Werte der Aufklärung und der Französischen Revolution als verabscheuungswürdiges und fremdes Produkt ansahen, ihre Hetze vor einem wachsenden Publikum verbreiten. Der gesellschaftliche und weltanschauliche Standort der letzten drei Kanzler der Weimarer Republik, nämlich des *Pfaffen* Brüning, des *Junkers* Papen und des *Generals* Schleicher, symbolisierte, daß die geistlichen und weltlichen Repräsentanten der Monarchie, des Nationalismus und Militarismus die Scharke der Niederlage von 1918 durch einen Revanchekrieg auswetzen wollten. Am 30. Januar 1933 schoben diese konservativen Gruppierungen den Nazis die Macht zu. Sie hatten freie Bahn, weil die Arbeiterbewegung gespalten war und jede ihrer beiden Parteien in der anderen den Hauptfeind er-

blickte, anstatt die ganze Kraft dem Kampf gegen den Nationalsozialismus zu widmen. Die Machtübernahme Hitlers war keineswegs zwangsläufig, weil es keinen Determinismus in der Geschichte gibt; sie war aber unter den gegebenen Umständen logisch, weil keine politische Kraft vorhanden war, die sie verhindern konnte.

Die großbürgerlichen und adeligen "Stützen der Gesellschaft" waren willige Erfüllungsgehilfen der Nazis bei der "Eroberung deutschen Lebensraums" im Osten. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Politik der Nazis trotz ihrer Verbrechen guthieß, solange sie Erfolge aufzuweisen hatte. Allerdings muß man den Kämpfern gegen die blutige Terrorherrschaft die gebührende Achtung und Ehre erweisen, die ihr Leben opferten um Deutschland den Weg in die Katastrophe zu ersparen. Nicht weniger als 130.000 deutsche weltanschauliche Gegner, die dem nationalistischen Wahnsinn Widerstand leisteten und sich aus politischen oder moralischen Gründen weigerten, die Verbrechen der Staatsmacht gutzuheißen oder gar an ihnen teilzunehmen, wurden von den Feinden der Menschheit und des eigenen Volks in den Kerkern und Konzentrationslagern zu Tode gefoltert oder als Arbeitssklaven ermordet und als Deserteure gehenkt. Diese Helden, die sich dem menschenverachtenden Nationalismus nicht beugten, waren vor allem Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftler, auch in geringerer Zahl religiös gebundene Anhänger der Bekennenden Kirche und ernste Bibelforscher, und schließlich seit 1943 eine Anzahl von Angehörigen konservativer Gruppierungen, die die Nazis unterstützt oder doch zumindest schweigend gebilligt hatten, solange ihr Sieg möglich schien.

Die vom nationalistischen Rassenwahn gelenkte Politik mündete in den systematischen, bürokratisch organisierten Völkermord. In Hochleistungs-Vernichtungslagern wie Auschwitz, Majdanek, Treblinka wur-

den in- und ausländische Bürger einschließlich der Alten, Frauen, Kinder und Säuglinge ausgerottet. Diese Überhöhung des Nationalismus, die in der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ gipfelte und sich anmaßte, zu bestimmen, welche Menschen aufgrund ihrer Abstammung kein Lebensrecht besäßen und umgebracht werden mußten, ist ohne Beispiel und Vorbild in der Menschheitsgeschichte. Unter Beihilfe von Chemiekonzernen wurde die industrielle Vertilgung von Menschen praktiziert. Die Haare der Opfer wurden zur Erzeugung von Hausschuhen und U-Boot-Dichtungen verwendet, ihre Kleidungsstücke und andere Habe der „Winterhilfe“ übergeben, das Gold der falschen Zähne der Ermordeten ausgebrochen und zur Verwertung an die Staatsbank weitergeleitet, Menschenasche als Düngemittel für Gemüseanbau benutzt.

Die deutsche Großindustrie, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern Fabriken und Werkstätten errichtete, erzielte während der Nazi Herrschaft gewaltige Profite. Die Rüstungsproduktion, die Ausplünderung der osteuropäischen Staaten, deren Industriepotential in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt wurde, und die Ausbeutung der zu Tode geschundenen Zwangsarbeiter, die weder Lohn noch spätere Entschädigung erhielten, vermehrten die Kapitalkraft von Konzernen wie Krupp und Flick, Klöckner und Mannesmann, Siemens und Daimler-Benz. Da die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom Juli 1945 über die Enteignung der Besitzer der Kohlen- und Eisenbergwerke, der Hochöfen, Fabriken der Schwerindustrie und Anlagen der Chemieproduktion, nicht durchgeführt wurden, blieben die Konzernherren und Manager, die die Eroberungs- und Vernichtungsfeldzüge der Nazis tatkräftig unterstützten, an den Schalthebeln der ökonomischen Macht. Zahlreiche Prominente der bundesdeutschen Politik und Wirtschaft verdanken ihren Aufstieg der Gewaltherrschaft der

Nazis. Krupp und Flick wurden zwar als Kriegsverbrecher angeklagt und verurteilt, behielten jedoch ihre Wirtschaftsimperien und üben wie der Flick-Bestechungsskandal bewiesen hat - auf bundesdeutsche Politiker beträchtlichen Einfluß aus. Die Schlüsselindustrien sind zwar teilweise in den Besitz multinationaler Konzerne übergegangen, in der Politik gelten jedoch nach wie vor nationale Machtfaktoren. Dies beweisen Frankreich und England, die auf ihr nationalstaatliches Atomwaffenarsenal nicht verzichten.

Eine der Lehren der Geschichte besagt, daß Frieden, Sicherheit und Wohlstand der Völker am besten garantiert sind, wenn ein Gleichgewicht der Großmächte existiert. Die in Jalta beschlossene Teilung Europas in Einflußsphären der beiden Siegermächte im Weltkrieg hat zwar zu einer jahrzehntelangen Zweistaatlichkeit Deutschlands geführt, aber den europäischen Völkern eine 45 Jahre andauernde Friedensära beschert. Dies war dem Machtgleichgewicht der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten zu verdanken, das für Europa Stabilität bedeutete.

Die sowjetische Außenpolitik beruhte von 1945 bis 1989 auf zwei Säulen: Militärpolitische Parität mit den Vereinigten Staaten und ein Glacis von etwa tausend Kilometern westlich der Grenzen der Sowjetunion, bis zur Elbe. Damit wollte die Sowjetunion verhindern, ebenso militärischen Angriffen ausgesetzt zu sein und zum Kriegsschauplatz zu werden wie im Zweiten Weltkrieg.

Beide Säulen sind zusammengebrochen, teilweise, weil der Versuch, mit der Hochrüstung der Vereinigten Staaten Schritt zu halten, den sowjetischen Staatshaushalt überforderte, teilweise auch, weil sich die Planwirtschaft als unfähig erwies, die Bevölkerung in angemessener Weise mit Gütern zu versorgen, neue technische Lösungen zur Bedürfnisbefriedigung zu finden und Anreize bereitzustellen, um die Produktion effizient zu gestalten. Die Konzeption der

politischen Kontrolle jedes Bürgers und der zentralen Planung der Wirtschaft führte ökonomisch zu gigantischen Fehlentwicklungen, und politisch zu einer entmündigten Gesellschaft. Der bürokratische Staatskapitalismus, der sich selbst "real existierender Sozialismus" nannte, war eine repressive Gesellschaftsformation, die die sozialen Probleme der osteuropäischen Völker nicht zu lösen vermochte.

Das Scheitern dieses Systems, das Ende des Kalten Krieges und die Auflösung des sowjetischen Machtbereichs führt dazu, daß Deutschland an Autorität und Macht gewinnt und eine politische Rolle spielt, die seiner ökonomischen Kraft entspricht. Die ersten Ergebnisse sind bereits sichtbar. Obwohl die vergrößerte Bundesrepublik Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches geblieben ist, hat sie die volle nationale Souveränität erlangt, *ohne* Friedensverträge mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges unterzeichnet zu haben. Deutschland hat sich Milliardenbeträge erspart, weil die nichtjüdischen Opfer der Gewaltherrschaft und die Zwangsarbeiter, die aus Osteuropa ins Reich verschleppt wurden, um in kriegswichtigen Betrieben zu arbeiten, niemals Entschädigung erhalten haben.

Im Herbst 1989 wurde die Mehrheit der DDR-Bevölkerung vom Einheitsrausch ergriffen, weil sie den (von den bundesrepublikanischen Massenmedien in den leuchtendsten Farben ausgemalten) Wohlstand der „sozialen Marktwirtschaft“ genießen wollte. Es war allgemein erkennbar, daß die SED-Regierung die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr zu befriedigen vermochte, die Kluft im Lebensstandard der beiden deutschen Staaten immer tiefer wurde und die Mangelwirtschaft des „real existierenden“ Sozialismus das Gegenteil der (theoretischen) Überflußgesellschaft des wirklichen Sozialismus war. Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung identifizierte den nationalen Einheitsstaat mit einer freiheit-

lichen Demokratie, die ihnen soziale Gerechtigkeit und Sicherheit gewährleisten werde. (Dabei ist zu betonen, daß der Nationalbegriff prinzipiell die Funktion hat, die Klassenunterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zu verwischen). Die Parole „Deutschland einig Vaterland“, mit der die Demonstranten in Leipzig und anderen Städten der DDR gegen die Politik der SED protestierten, zeigt, daß an die Stelle sozialistischer Illusionen Gefühle des Nationalstolzes traten, die das erschütterte Selbstbewußtsein festigen und zu neuer Identität verhelfen sollten. Die Demonstranten ließen zunächst den demokratischen Ruf zur Selbstbefreiung: „Wir sind *das* Volk“ vernehmen. Der Umstand, daß diese Losung durch den Ruf „Wir sind *ein* Volk“ verdrängt wurde, zeigt, daß deutschnationale Vorstellungen die Oberhand gewannen, und weckt auch Erinnerungen an den März 1938. Damals jubelte die Mehrheit der Österreicher Hitler mit einer ähnlichen nationalistischen Parole, nämlich Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ zu. Die Motive der Menschen, die den Anschluß Österreichs an Nazideutschland forderten, waren aber nicht nur national, sondern wurzelten ebenso sehr in der wirtschaftlichen Misere des Schuschnigg-Regimes. Ebenso wie die Österreicher damals glaubten, als Bürger des Deutschen Reiches ein besseres, zufriedenes Leben führen zu können, hofften auch die Demonstranten in der DDR, daß den Anschluß an die Bundesrepublik ihre sozialen Probleme lösen werde.

Die Sehnsüchte und Hoffnungen der DDR-Bevölkerung mußten scheitern, weil die Dynamik des Einigungsprozesses von den Interessen des westdeutschen Großkapitals bestimmt wurde. Bei der Annexion der DDR wurde die 'Wunderwaffe Wirtschaftskraft' als politisches Instrument eingesetzt, um die Profite der bundesrepublikanischen Warenproduzenten zu erhöhen. Dies zeigt die Art und Weise, wie die Ökonomie der

DDR nach dem Fall der Berliner Mauer mit dem „Recht des Stärkeren“ überwältigt wurde. In der profitorientierten Wettbewerbsordnung, die auf rücksichtsloser Durchsetzung ökonomischer Interessen beruht, mußten die Appelle der DDR-Bewohner an nationale Solidarität wirkungslos bleiben. Die fünf neuen Bundesländer der ehemaligen DDR wurden zu einem Billiglohngebiet, deren Einwohner größtenteils das Gefühl haben, unter dem Besatzungsregime einer erobernden Macht zu leben. Für Hunderttausende bedeutete die Vereinigung mit der Bundesrepublik den Verlust des Arbeitsplatzes, dessen Sicherheit ihnen die DDR gewährte. Die vielgepriesene soziale Marktwirtschaft hat einem großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung nicht das herbeigesehnte erhöhte Lebensniveau, sondern vielmehr erhöhte Mieten gebracht.

Das Ende der europäischen Nachkriegsordnung hat dazu geführt, daß Deutschland seine frühere politische Souveränität und ökonomische Hegemonialstellung wiedererlangt hat. Zweifellos sind die Beteuerungen seiner Staatsmänner aufrichtig, daß Deutschland friedensliebend und demokratisch ist, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen wird. Dennoch erweckt seine Machtentfaltung im Bewußtsein der Nachbarvölker Unbehagen, weil historische Erinnerungen an die Gefahren des deutschen Nationalismus weiterleben. Im Freundschaftsvertrag mit Polen, der nach der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik abgeschlossen wurde, erkannte Deutschland die Oder-Neiße-Grenze zwar als unabänderlich an; gleichzeitig hat jedoch der Finanzminister den Vertriebenenverbänden beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt. Es wird daher in Zukunft in Polen genug Berufsdeutsche und damit Scharfmacher geben. Es bestehen auch Versuche, systematisch Boden in den früheren Ostgebieten aufzukaufen. Dies ist Wasser auf die Mühlen der deutschen Nationalisten, die die Er-

gebnisse des Weltkriegs revidieren wollen.

Obwohl die deutschen Politiker vor und nach der Errichtung des einheitlichen Binnenmarkts betonen, kein „deutsches Europa“, sondern ein „europäisches Deutschland“ im Sinn zu haben, existiert keine Garantie, daß die westeuropäischen Industriestaaten stark genug sind, um die deutsch-nationale Großmacht im Zaum zu halten. Dies zeigte sich bei Ausbruch der Jugoslawienkrise, als Außenminister Genscher darauf drängte, die politische Selbständigkeit Kroatiens, des Bundesgenossen des Dritten Reiches, anzuerkennen. Frankreich, Großbritannien und die anderen Mitglieder der NATO waren nicht imstande, dem deutschen Druck zu widerstehen. Die Anerkennung Kroatiens beschleunigte den Zerfallprozeß Jugoslawiens und war auslösender Faktor des verheerenden Bürgerkriegs.

Dies bedeutet nicht, daß die deutschen Staatsmänner dieselbe Politik verfolgen wie ihre Vorgänger in den Jahren 1914 und 1939. Die neuen „verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom November 1992 sehen zwar weltweite Einsätze der Bundeswehr im Sinne einer „erweiterten Landesverteidigung“ vor und sprechen vom Aufstieg des deutschen Militärs zum „globalen Akteur“, notfalls auch unabhängig von Bündnisstrukturen wie NATO und UNO, aber militärische Aggression steht nicht auf der Tagesordnung. Das primäre Instrument, um neue Absatzmärkte, erweiterte Kapitalanlagemöglichkeiten und politische Einflußgebiete zu erschließen, ist der *gewaltfreie* Einsatz wirtschaftlicher und finanzpolitischer Mittel. Die Bundeswehr kann ohne Schwierigkeiten verkleinert werden, weil ihre Aufgabe durch die Deutsche Bundesbank ersetzt wird.

Nach einem berühmten Wort von Clausewitz ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Dieses Diktum ist nicht mehr allgemeingültig, weil sich zeigt, daß heutzutage ökonomische Anstrengungen ausreichen, um den politischen und militä-

rischen Gegner zu besiegen. (Dies beweisen die Vereinigten Staaten, denen es gelang, die Sowjetunion totzurüsten, ohne daß es zum Ausbruch von Kämpfen kam).

Die militärische Aggression der Nazis wurde bei Stalingrad angehalten und hat Deutschland nicht die erhoffte Weltherrschaft beschert; mittels der Offensive der Deutschen Mark können aber die Kriegsverlierer, die zu Friedensgewinnern wurden, bis nach Wladiwostok gelangen. Es besteht die Gefahr einer „Lateinamerikanisierung“ Osteuropas. Dies bedeutet, daß Polen, Ungarn, die beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei und die Teilstaaten der ehemaligen Sowjetunion zwar nominell souverän bleiben, aber wegen ihrer ökonomischen Unterlegenheit zu politischen Klienten der deutschnationalen Großmacht hinabsinken.

Die Bundesrepublik, die nach der Vollendung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes in Westeuropa entscheidende wirtschaftliche und daher auch politische Machtpositionen einnimmt, kann durch die Hintertür der Ökonomie jene Ziele erreichen, die die Nazis durch die Vordertür der heute veralteten und überholten militärischen Aggression vergeblich anstreben: die Vorherrschaft in ganz Osteuropa. Schon heute liegt dort der deutschen Industrie ein potentieller Riesenmarkt von hunderten Millionen hungriger Kunden zu Füßen. Allerdings können noch nicht alle mit den notwendigen Produkten beliefert werden, weil die Teilstaaten und Satelliten der ehemaligen Sowjetunion fast zahlungsunfähig sind. Aber Profite können nicht nur beim Verkauf, sondern auch bei der Erzeugung von Produkten gemacht werden, wenn die Arbeitskraft billig ist. Diese Konzeption wurde auf einer Planungskonferenz geäußert, die im März 1992 auf dem Petersberg bei Bonn unter Teilnahme von Exponenten des Staates, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Medien stattfand und die die Aufgaben des ge-einten deutschen Nationalstaates definieren

und festlegen sollte. Gottfried Langenstein von der Abteilung internationale Angelegenheiten des Zweiten deutschen Fernsehens meinte auf dieser Konferenz, daß Deutschland die Werkstatt der Welt sei. Wenn es gelinge, in den Teilstaaten der ehemaligen Sowjetunion die Marktwirtschaft durchzusetzen, würden viele Unternehmen von deutschen Firmen gekauft werden. Wörtlich sagte er: „Mit seinen billigen Arbeitskräften kann Osteuropa zu einer Art Sklavenreservoir in deutschen Industriebetrieben werden“. (DIE ZEIT, 2. Oktober 1992, S. 60).

Aber nicht nur in der Außen-, - sondern auch in der Innenpolitik des wiedervereinigten Deutschland sind Befürchtungen angebracht. In Deutschland wurde bekanntlich die Demokratie nicht aus eigenen Kräften erkämpft, sondern war ein Importprodukt der Siegermächte den Ersten und des Zweiten Weltkriegs. Zur Zeit der Weimarer Republik lehnten breite Schichten die demokratische Staatsform ab, weil der Staat von einer Krise in die andere taumelte und Demokratie mit Arbeitslosigkeit und Armut gleichgesetzt wurde. Nach 1945 wurde die Demokratie im bundesrepublikanischen Grundgesetz verankert. Im Gegensatz zur Weimarer Republik erlebte aber die Bundesrepublik bis 1990 keine tiefe Krise. Sie befand sich vielmehr während der Zweiteilung Deutschlands fast kontinuierlich in wirtschaftlichem Aufstieg, der es ermöglichte, ein dichtes soziales Netz zu knüpfen. Diesmal ist daher im Bewußtsein der Bevölkerung die demokratische Staatsform weitgehend mit Wohlstand und politischer Stabilität identisch. Seit der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik ist allerdings ein Abflauen der Prosperität unverkennbar. Arbeitslosigkeit und gesunkener Lebensstandard bieten nationalistischen Agitatoren den geeigneten Nährboden, um mörderischen Ausländerhaß zu entfachen, Asylantenheime anzuzünden und Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen mit Hakenkreuzen zu be-

schmieren.

Diese antisemitischen Mordbrenner werden von Polizei und Justiz sehr nachsichtig behandelt; die meisten über sie verhängten Strafen werden auf Bewährung ausgesetzt. Es stimmt bedenklich, daß die beiden geständigen Attentäter, die die jüdische Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sachsenhausen zerstörten, vom Gericht freigesprochen wurden, während ehemalige Mitglieder der „Roten Armee Fraktion“, die dem Terrorismus abgeschworen haben, weiterhin eingekerkert bleiben. Es scheint, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

Im Staatsvertrag über den Beitritt der DDR, der am 3. Oktober 1990 wirksam wurde, findet sich kein Bezug auf die deutsche Verantwortung für die Judenvernichtung. Dies ist ein böses Omen, denn über Deutschland hängt auch nach Erringung der nationalen Einheit der blutige Schatten von Auschwitz. Wo der Antisemitismus der Vergangenheit verschwiegen wird, erhebt der Antisemitismus der Gegenwart seine Stimme. Obwohl der Judenhaß heutzutage nicht dieselbe politische Bedeutung hat wie in der Weimarer Republik, findet die antisemitische „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ hunderttausende Leser. Die beginnende Wirtschaftskrise schafft ein politisches Klima, das fremdenfeindlichen Demagogen einen geeigneten Nährboden bietet. Vertreter rechtsextremer Parteien, die Volksverhetzung betreiben und den millionenfachen Judenmord in den Todeslagern als Lüge bezeichnen, sind bereits in einige Landtage eingezogen. Historiker wie Arnulf Baring, Ernst Nolte und Michael Stürmer behaupten, daß das Dritte Reich Hitlers auch gute Seiten besaß. Diese Tendenzen bergen die Gefahr, die Idee der deutschnationalen Volksgemeinschaft wieder salonfähig zu machen und den Verbrecherstaat der Nazis zu rechtfertigen.

Zu den Repräsentanten des deutschen Nationalismus, die in letzter Zeit ihre Stim-

me erheben, gehört der Filmemacher Hans-Jürgen Syberberg, der vor einigen Jahren mit dem Film über Adolf Hitler Aufmerksamkeit erregte. Er versucht, die alten Ladenhüter der politischen Romantik und der irrationalen Volkstumsideologie, den Mythos von der Höherwertigkeit des germanischen Herrenmenschen als neue Ware anzubieten.

Syberberg meint, daß jüdische Linksin-tellektuelle wie Adorno, Bloch, Benjamin, Marcuse und Kracauer nur Macht über die Deutschen erringen wollten und nichts anderes als eine „Krüppel-Ästhetik“ hervorgebracht hätten. Die Juden sollten sich klar-machen, daß ihre intellektuellen Verdienste und Kulturleistungen „natürlichen Wider-stand“ wecken. Unter Hitler hätten daher die „durch den orientalischen Gott blutig unter-drückten und christianisierten Völker Euro-pas endlich Rache genommen am falschen Gott des Alten Testaments“. Nunmehr sei das „östliche Restdeutschland“ nach 40jäh-riger Gefangenschaft zu neuem Leben er-wacht. Die Zeit sei gekommen, um den „Le-bensraum im Osten“ wieder zu besetzen und zu den Grenzen des Deutschen Reiches zu-rückzukehren - aber nicht zu denen von 1937, sondern zu denen von 1914. Anstatt von Fortschritt und Sozialismus zu sprechen, sollte nun endliche wieder von „Heimat, Reich, Nation“ die Rede sein, meint Syber-berg, und schreibt: „Die Einheit Deutsch-lands, Schlesien, Schönheit, Gefühl, Begei-sterung. Vielleicht sollte man Hitler neu bedenken.“

Die Sehnsucht nach einer Wiederkehr des deutschen Nationalismus findet sich auch in einem meinungsbildenden Sprachrohr, das dem Bundesverband der deutschen Industrie nahesteht. In der „Wirtschaftswoche“ fordert der Kommentator Wolfram Engels, das über die Naziepoche verhängte Tabu endlich auf-zuheben. In einem Essay vom 12. Juli 1991 meint er, die Zeit sei gekommen, um die demokratischen Zustände und die sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu beseitigen

und die Erfolgsrezepte der Nazis im ökonomischen Bereich anzuwenden. Er schreibt: „In Deutschland ... herrschte seit 1931 Devisenbewirtschaftung, seit 1932 Lohnstopp, seit 1933 Gewerkschaftsverbot. Ab 1936 wurde, zur Vorbereitung des Krieges, eine Planwirtschaft installiert und 1939 voll in Kraft gesetzt. ... Das Privateigentum blieb erhalten, der Gewinn wurde nicht abgeschafft, das Gewinnstreben vielmehr in den Dienst des Wirtschaftsplans gestellt. Die Arbeitslosigkeit ging von rund sechs Millionen im Winter 1932/33 auf 1,6 Millionen 1936 und hunderttausend 1939 zurück. ... Die Wachstumsrate des realen Sozialpro-

dukts lag bei knapp zehn Prozent, die Preissteigerung bei rund einem Prozent pro Jahr. ... Diese Zahlen sind ... aufregend. ... Können wir auf Erfolgsrezepte nur deshalb verzichten, weil Adolf Hitler sie angewandt hat? Wir verzichten schließlich auch nicht auf die Teilnahme an Olympischen Spielen, auf deutsche Schäferhunde und auf Chorgesang.“

Vor 150 Jahren meinte Karl Marx, daß das Gespenst des Kommunismus in Europa umgehe. Dieses Gespenst ist heutzutage nicht mehr zu fürchten. Aber das Gespenst des deutschen Nationalismus ist noch sehr lebendig.



NACH MIR KOMMT NICHT DIE SINTFLUT

Wenn Sie Vermögenswerte vererben oder erben wollen,
lohnt sich ein Gespräch mit uns



Sparkasse Nordfriesland

Richtungsweisend in Beratung und Service



Die GEW. Gewerkschaftliche Interessenvertretung auf allen Ebenen.

Gewerkschaftliche Interessenvertretung, wie sie die GEW versteht, ist auch politische Interessenvertretung. Interessenpolitik ist auch Gesellschaftspolitik. Wirkungsvoll durchzusetzen ist sie nur in einer großen und starken Organisation, in der alle Mitgliedsgruppen solidarisch handeln. Die GEW ist deshalb weder konfessionell noch parteipolitisch gebunden. Politische Ungebundenheit aber bedeutet nicht politische Abstinenz. Im Rahmen der Verfassung und der gesetzlichen Regelungen handelt die GEW politisch, weil sie für die Interessen ihrer Mitglieder, für gesicherte Arbeitsplätze und tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen und ein demokratisches Bildungswesen eintritt.



Allein machen sie Dich ein!



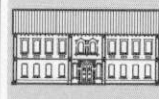
**GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG
UND WISSENSCHAFT**

Kreisverband Nordfriesland

Vors. Frenf Frenssen, Süderstraße 44a - 25821 Bredstedt
Ruf (0 48 41) 42 57

**GEMEINSAM
ERFOLGREICH
WIRKEN**

**Verlag
Nordfriisk Instituut**



**NORDFRIISK
INSTITUUT**

Paul-Heinz Pauseback:

Der Aufbruch in eine "Neue Welt"

Die Auswanderung aus den schleswig-holsteinischen Kreisen Husum, Eiderstedt und Tondern in die Vereinigten Staaten in königlich-preußischer Zeit (1867-1914)

470 Seiten

54,80 DM

Max Lorenzen:

Eine Kindheit hinter den Deichen Nordfrieslands

192 Seiten

29,80 DM

Thomas Steensen:

Wer sind die Friesen?

27 Fragen und Antworten zur nordfriesischen Geschichte, Sprache und Kultur
Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Nordseebäderverband

32 Seiten

6,00 DM

**Böke än oudere keere
tu kuups önjt Nordfriisk Instituut**

(Verzeichnis lieferbarer Titel - Bitte kostenlos anfordern)

Bestelladresse:

**Nordfriisk Instituut
Süderstraße 30, 25821 Bräist/Bredstedt, NF
Tel.: 04671/2081; Fax: 04671/1333**

